

Der Staat hat eine Bringschuld

Christine Meermann über Altersarmut, Wohnen, Teilhabe und die Bedeutung ehrenamtlichen Engagements

Altersarmut beginnt nicht erst dort, wo das Geld für Lebensmittel fehlt. Sie zeigt sich auch, wenn die Miete einen immer größeren Teil der Rente verschlingt, wenn ein Ausflug oder ein Museumsbesuch nicht mehr möglich ist oder wenn Unterstützung zwar vorhanden, der Weg dorthin aber zu kompliziert ist. Christine Meermann beschäftigt sich seit vielen Jahren mit solchen Hürden. Heute ist sie berufenes Mitglied des Landes-Seniorenbeirats Hamburg und arbeitet in dessen Fachgruppe Altersarmut mit.



Frau Meermann bringt viel praktische Erfahrung mit. Über viele Jahre begleitete sie langzeitarbeitslose und überschuldete Menschen. Sie engagierte sich im Stadtteil und im Bezirks-Seniorenbeirat Hamburg-Nord, bevor sie in den Landes-Seniorenbeirat berufen wurde. Je ein Mitglied wird von den sieben Bezirks-Seniorenbeiräten gewählt; hinzu kommen zwei vom Integrationsbeirat vorgeschlagene sowie sechs weitere berufene Mitglieder.

Der Weg dorthin brauche Geduld und Ausdauer, erzählt sie sinngemäß – fast wie eine lange Elefantenwanderung.

Wenn die Miete die Rente auffrisst

Ende 2025 waren in Hamburg fast 34.000 Menschen auf Grundsicherung im Alter angewiesen. Rund 70 Prozent von ihnen erhielten die Leistung ergänzend zu ihrer Rente. Auch vor Ort ist Altersarmut sichtbar: In Barmbek-Süd bezogen 2024 insgesamt 602 Menschen ab 65 Jahren Grundsicherung im Alter – 11,9 Prozent dieser Altersgruppe. 2018 waren es noch 469 Menschen beziehungsweise 9,5 Prozent. Damit stieg die Zahl der Leistungsbeziehenden innerhalb von sechs Jahren um gut 28 Prozent, die Quote um 2,4 Prozentpunkte. Die tatsächliche Zahl der Betroffenen dürfte höher sein, denn nicht alle Menschen beantragen die Leistungen, die ihnen zustehen.

Für Frau Meermann gehören die Wohnkosten zu den entscheidenden Belastungen. Läuft die vereinbarte Sozialbindung einer Wohnung aus, können steigende Mieten ältere Menschen mit kleinen Einkommen besonders hart treffen. Modernisierungen können weitere Mietsteigerungen nach sich ziehen. Frau Meermann regt an, Mieten stärker am Einkommen auszurichten. Zudem schlägt sie vor, dass die städtische SAGA Wohnungsbestände übernimmt, deren Sozialbindung ausläuft, und sie dauerhaft bezahlbar hält. Darüber hinaus sollte die SAGA mehr Sozialwohnungen bauen. Für neu geförderte Wohnungen befürwortet Frau Meermann langfristige Mietpreisbindungen von bis zu 100 Jahren.

Elf Seiten Antrag - und ein Gegenentwurf mit vier

Eine weitere Hürde ist nach ihrer Erfahrung das Wohngeldverfahren. Der derzeitige Hamburger Papierantrag umfasse elf Seiten. Der Landes-Seniorenbeirat habe deshalb eine kürzere Fassung mit vier Seiten entwickelt und der zuständigen Behörde vorgelegt. Dort sei der Vorschlag positiv aufgenommen worden; ob er umgesetzt wird, sei noch offen.

Hinter der Länge eines Formulars steckt eine größere Frage: Wie viele Menschen verzichten auf Unterstützung, weil sie ihre Ansprüche nicht kennen, sich schämen oder an komplizierten Anträgen scheitern? Gerade bei der Grundsicherung im Alter wird seit Jahren von einer hohen verdeckten Armut ausgegangen.

Frau Meermann bringt ihre Erwartung an die Verwaltung in einem prägnanten Satz auf den Punkt: „Der Staat hat eine Bringschuld.“ Bürgerinnen und Bürger sollten nicht immer selbst herausfinden müssen, welche Hilfe ihnen zusteht. Behörden verfügten über viele der notwendigen Daten und könnten Menschen gezielter informieren. Sozialleistungen seien schließlich keine Gefälligkeit, sondern ein gesetzlicher Anspruch.

Zu Hause leben - mit der richtigen Unterstützung

Viele ältere Menschen möchten so lange wie möglich in der eigenen Wohnung bleiben. Manchmal entscheiden dabei ganz alltägliche Hilfen: jemand, der beim Einkaufen begleitet, den Einkauf übernimmt oder in der Küche unterstützt. In Hamburg sind Einkaufen, kleinere Besorgungen, Spülen und Hilfe im Haushalt weiterhin grundsätzlich als Leistungen vorgesehen. Sie erreichen jedoch nicht jeden: Je nach Finanzierungsweg braucht es unter anderem einen Pflegegrad, einen Antrag und einen anerkannten Anbieter; der Entlastungsbetrag der Pflegeversicherung liegt bei 131 Euro im Monat.

Gleichzeitig droht an anderer Stelle eine Verschlechterung: Der im Juni 2026 veröffentlichte Entwurf des Pflegegeldgesetzes sieht vor, den Entlastungsbetrag für Menschen mit Pflegegrad 1 ab 2027 abzuschaffen.

Noch ist das nicht beschlossen. Frau Meermann warnt, dass bereits kleine Lücken in der Unterstützung dazu führen können, dass selbstständiges Wohnen scheitert. Gerade für Menschen, die mit kleinen Alltagshilfen selbstständig zu Hause leben können, hätte eine solche Kürzung spürbare Folgen.

Eine wichtige erste Anlaufstelle ist die Bezirksliche Seniorenberatung. Sie berät Menschen ab 60 Jahren kostenlos und unabhängig von Einkommen und Vermögen zu altersspezifischen Fragen. Bei Bedarf findet die Beratung auch zu Hause statt.

Frau Meermann verweist außerdem auf QplusAlter. Das Angebot der Evangelischen Stiftung Alsterdorf berät ältere Menschen sowie Angehörige kostenlos zu Alltag, Gesundheit, Pflege und sozialen Fragen. Gemeinsam wird geschaut, welche Unterstützung im Wohnumfeld vorhanden ist und wie ein selbstbestimmtes Leben zu Hause gelingen kann.

Eine weitere wichtige Anlaufstelle sind die Hamburger Pflegestützpunkte. Sie beraten kostenlos und unabhängig, helfen bei Anträgen, erklären

Finanzierungsmöglichkeiten und können bei Bedarf auch zu Hause beraten. Für Menschen, die nicht wissen, wo sie anfangen sollen, kann ein Pflegestützpunkt die erste Tür im Hilfesystem sein.

Ergänzt wird dieses Hilfenetz durch die AWO-Aktion „Augen auf!“. Sie unterstützt alleinlebende ältere Menschen mit geringem Einkommen oder gesundheitlichen Problemen unter anderem durch Besuche und Hilfe bei der Beantragung von Pflege- und Sozialleistungen. Das Projekt ist in mehreren Hamburger Stadtteilen aktiv, darunter Barmbek-Nord.

Am Alsterdorfer Markt 7 befindet sich außerdem das „Haus für Barrierefreiheit“. Anders als der Name vermuten lassen könnte, handelt es sich nicht um ein Wohnhaus, sondern um eine Beratungs- und Ausstellungseinrichtung. Dort lässt sich anschaulich erleben, wie Wohnungen, Hilfsmittel und Alltag barriereärmer gestaltet werden können.

Teilhabe darf keine Frage des Geldbeutels sein

Altersarmut bedeutet auch, vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen zu sein. Der Bezirks-Seniorenbeirat Hamburg-Nord hat deshalb den Flyer „Hamburg ohne Kosten“ veröffentlicht. Darin finden sich kostenlose oder an bestimmten Tagen kostenfreie Angebote aus Kultur, Natur, Musik, Bewegung und politischer Bildung. Solche Übersichten können helfen, damit Menschen trotz knapper Mittel am Stadtleben teilnehmen.

Das Problem: Wer das Angebot nicht kennt oder den Flyer nicht findet, kann es nicht nutzen. Für Frau Meermann ist das auch eine Frage der Öffentlichkeitsarbeit. Seniorenvertretungen leisten viel, werden aber außerhalb ihrer Kreise zu wenig wahrgenommen. Informationen erscheinen zudem häufig vor allem online – und erreichen damit ausgerechnet einen Teil der älteren Menschen nicht.

Wie groß die digitale Lücke sein kann, erlebte sie in einer AWO-Gruppe: Von 23 älteren Mitgliedern hätten lediglich vier einen Computer. Auch deshalb hält sie reine Onlineschulungen nicht für die passende Antwort. Nicht jeder Mensch könne oder wolle digitale Angebote nutzen. Digitalisierung dürfe persönliche Beratung, Telefon, Papier und sichtbare Anlaufstellen nicht ersetzen. Der Achte Altersbericht der Bundesregierung hat das Verhältnis älterer Menschen zur Digitalisierung ausführlich untersucht und macht ebenfalls deutlich, wie unterschiedlich Zugänge und Kompetenzen verteilt sind.

Mitsprechen, aber nicht mitentscheiden

Frau Meermanns eigenes Engagement führte vom Bezirks-Seniorenbeirat Hamburg-Nord in den Landes-Seniorenbeirat. Die bezirklichen Seniorenbeiräte befassen sich mit den Anliegen älterer Menschen vor Ort und entsenden Mitglieder in die Landesebene. Dort werden Themen gebündelt und gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit vertreten.

Wichtig ist Frau Meermann eine klare Unterscheidung: Die Seniorenvertretungen haben ein Recht auf Information, Anhörung und Mitsprache, aber kein politisches Mitbestimmungsrecht. Sie vertreten die Interessen älterer Menschen, bringen

Vorschläge ein, nehmen Stellung und beraten Politik und Verwaltung. Eine individuelle Fachberatung leisten sie grundsätzlich nicht; bei entsprechenden Anfragen verweisen sie an die zuständigen Stellen. Entscheiden müssen andere. Umso wichtiger sind Ausdauer und Öffentlichkeit.

Wer sich für kommunalpolitische Themen interessiert, kann zunächst eine öffentliche Sitzung besuchen. Viele Sitzungen der Bezirksversammlung und ihrer Ausschüsse sind zugänglich; Themen und Termine werden veröffentlicht. Auch hier gilt allerdings: Wer keinen digitalen Zugang hat, braucht andere Wege, um davon zu erfahren.

Ehrenamt heißt, sich einzumischen

Frau Meermanns Geschichte zeigt, dass ehrenamtliches Engagement nicht immer mit einem großen Amt beginnt. Man kann vor Ort anfangen, zuhören, eine öffentliche Sitzung besuchen oder sich in einem Stadtteilgremium einbringen. Daraus kann Schritt für Schritt mehr Verantwortung entstehen.

Für sie bedeutet Engagement offenbar vor allem, sich auch dann einzumischen, wenn Veränderungen lange dauern. Ein vereinfachter Wohngeldantrag, ein Hinweis auf kostenlose Angebote oder ein einheitliches Schild für mehr Rücksichtnahme in Grünanlagen mögen klein wirken. Für den Alltag älterer Menschen können solche Veränderungen jedoch sehr konkret sein.

Auch scheinbare Nebensachen gehören für sie dazu. Wenn analoge Bahnhofsuhrn verschwinden, fehlen älteren oder sehbehinderten Menschen möglicherweise gut erkennbare Orientierungspunkte. Wenn Arztpraxen nur über Treppen erreichbar sind, bleibt medizinische Versorgung theoretisch vorhanden, praktisch aber ausgeschlossen. Frau Meermann fragt deshalb, warum Praxen bei Leerstand nicht häufiger in barrierearme Erdgeschosse ziehen.

Gesundheit und Mobilität

Bezahlbare Mobilität ist für Frau Meermann ein weiteres Schlüsselthema. Ein Seniorenticket für 29 Euro gab es in Hamburg bislang nicht; es war eine langjährige Forderung des Landes-Seniorenbeirats für die HVV-Ringe A und B. Vor Einführung des Deutschlandtickets kostete die frühere HVV-Seniorenkarte für Hamburg AB zuletzt 54 Euro im Abonnement. Seit Mai 2026 erhalten Hamburgerinnen und Hamburger ab 67 Jahren das bundesweit gültige Deutschlandticket für 49 statt regulär 63 Euro. Damit ist es 14 Euro günstiger als das reguläre Deutschlandticket und fünf Euro günstiger als die frühere Seniorenkarte. Es bleibt jedoch 20 Euro über der Forderung des Landes-Seniorenbeirats nach einem 29-Euro-Ticket.

Auf die Frage, was sie sich für das eigene Alter wünsche, antwortet Frau Meermann knapp: „Gesundheit und Mobilität.“ Darin steckt vieles von dem, wofür sie sich einsetzt: selbstbestimmt wohnen, Unterstützung erreichen, unterwegs sein und Teil der Gesellschaft bleiben.

Links und Anlaufstellen für mehr Information

[Landes-Seniorenbeirat Hamburg: Christine Meermann](#)

[„Hamburg ohne Kosten“ – Bezirks-Seniorenbeirat Hamburg-Nord](#)

[Bezirkliche Seniorenberatung Hamburg-Nord](#) – Telefon 040 42804 2311

[QplusAlter – Evangelische Stiftung Alsterdorf](#) – Telefon 040 50 77 33 54

[Pflegestützpunkt Hamburg-Nord](#) – Telefon 040 428 99 10 60

[AWO-Aktion „Augen auf!“](#) – Telefon 040 414023 0

[Barrierefrei Leben e. V. – Haus für Barrierefreiheit](#) – Telefon 040 2999 56-0

[Pflegeneuordnungsgesetz – Referentenentwurf und Stellungnahmen](#)

[Vergünstigtes Deutschlandticket für Hamburger Seniorinnen und Senioren](#)

[Beschlussempfehlung zu einheitlichen Hinweisschildern in Grünanlagen](#)

[Achter Altersbericht der Bundesregierung: Ältere Menschen und Digitalisierung](#)

[Grundsicherung im Alter in Hamburg 2025 – Statistikamt Nord](#)

[Hamburger Stadtteil-Profile – Statistikamt Nord](#)

[Wohngeld in Hamburg](#)

Onlineversion dieses Artikels:

<https://www.barmbek-sued.de/der-staat-hat-eine-bringschuld/3591/>